



# Dr. Andreas Schockenhoff

für den Wahlkreis Ravensburg im Deutschen Bundestag



## Berlin *aktuell*

Ausgabe Nr. 11/2010 • 14. Juni 2010

### Thema der Woche

---

#### **Größtes Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik Ergebnisse der Haushaltsklausur des Bundeskabinetts**

Gleich zu Beginn der letzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Montag, 7. Juni 2010 in einer Sondersitzung die Ergebnisse der Haushaltsklausur des Bundeskabinetts beraten. Dabei ist deutlich geworden, dass mit den Vorschlägen der Bundesregierung für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2011 und des Finanzplans bis 2014 ein faires und ausgewogenes Programm vorliegt, das in die richtige Richtung weist. Folgende Eckpunkte liegen dem Beschluss der Bundesregierung zu Grunde:

1. Die Bundesregierung hält an ihrem Ziel fest, bis zum Jahr 2013 zwölf Milliarden Euro zusätzlich für Forschung, Bildung und Entwicklung bereit zu stellen. Trotz der angespannten Haushaltslage hat für die Koalition Bildung und Forschung Vorrang.

2. Finanzhilfen und Steuervergünstigungen werden auf den Prüfstand gestellt: In dieser Legislaturperiode wird es keine neuen Subventionen geben, und bestehende werden nicht erhöht. Eine ökologische Neujustierung wird zur Besteuerung der Kernenergie führen. Sie ist notwendig, um Zusatzgewinne abzuschöpfen und die Kernkraftwerksbetreiber an den Sanierungskosten des Endlagers Asse zu beteiligen. Auch die geplante nationale ökologische Luftverkehrsabgabe für alle Passagiere, die von einem inländischen Flughafen abfliegen, ist ein richtiger Schritt und wird ihre ökologische und ökonomische Wirkung entfalten.

3. Die Bundesregierung bekennt sich zum System der sozialen Sicherung, doch auch bei den Sozialleistungen sind Einschnitte unumgänglich. Das Elterngeld zum Beispiel hat sich als erfolgreiches Instrument der Familienpolitik erwiesen. Dennoch wird die Lohnersatzrate moderat von 67 Prozent auf 65 Prozent abgesenkt. Gleichzeitig bleibt der

Höchstbetrag von maximal 1.800 Euro im Monat bestehen.

4. Das Bundesministerium der Verteidigung wird sich ebenfalls an der Konsolidierung des Bundeshaushaltes beteiligen. Dafür ist vorgesehen, dass bis September 2010 Vorschläge für eine deutliche Reduzierung der Streitkräfte um bis zu 40.000 Berufs- und Zeitsoldaten bei gleichzeitigem Erhalt der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit Deutschlands für Einsatz- und Bündnisfähigkeit unterbreitet werden.

5. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes leisten einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität von Staat und Gesellschaft. Gleichwohl ist mit Blick auf die neue Schuldenregel ein adäquater Konsolidierungsbeitrag der Bundesverwaltung erforderlich. So sollen bis zum Jahr 2014 mehr als 10.000 Stellen dauerhaft abgebaut werden.

6. Die Bundesagentur für Arbeit wird in ihrer Autonomie gestärkt werden, so dass sie mittel- und langfristig ohne Darlehen oder Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt wirtschaften kann.

7. Die Bundesregierung bekennt sich zu ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung in Bezug auf die Kommunen. Daher wird die eingesetzte Gemeindefinanzkommission Vorschläge erarbeiten, die Kommunen auf eine stabile finanzielle Grundlage zu stellen.

8. Um Finanzmarktkrisen, wie die gegenwärtige, zukünftig zu vermeiden, müssen grundlegende Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft - Haftung und Verantwortung - wieder stärker das Handeln der Finanzmarktakteure bestimmen. Die Finanzmarktbranche ist angemessen an den Kosten der Krise zu beteiligen. Dafür wird die Bundesregierung

zünftig die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Bankenabgabe schaffen, die in einen Restrukturierungsfonds einfließen soll.

Durch diese Maßnahmen sollen bis zum Jahr 2014 insgesamt rund 81,6 Milliarden Euro weniger Schulden aufgenommen werden. Das Sparpaket ist damit das größte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Diese Konsolidierung des Bundeshaushaltes ist zwingend notwendig, um die Rahmenbedingungen für das Entstehen

neuer Arbeitsplätze zu verbessern, den Wohlstand unseres Landes auf Dauer zu sichern und unseren Kindern und Enkelkindern keine untragbare Schuldenlast aufzubürden. Nur mit den genannten Maßnahmen wird es möglich sein, die Grundlagen eines solidarischen Gemeinwesens für nachfolgende Generationen zu bewahren und auch zukünftig noch denen zu helfen, die dazu aus eigener Kraft nicht im Stande sind. Gerade mit Blick auf die wirklich Bedürftigen gilt: Schulden machen ist unsozial.

## Aus Plenum und Lobby

---

### Verbot von Leerverkäufen

In erster Lesung wurde in dieser Woche das Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte, welches spekulative Wetten auf fallende Kurse zukünftig unterbindet, debattiert. Der Gesetzentwurf, den die christlich-liberale Koalition im Bundestag eingebracht hat, hat zum Ziel, zukünftig in Deutschland alle ungedeckten Leerverkäufe zu verbieten. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble will mit der deutschen Initiative eine europäische Lösung voranbringen. "Der Vorwurf des nationalen Alleinganges ist üblich, aber beeindruckt mich nicht mehr so sehr", sagte Schäuble während der Bundestagsdebatte. Die Finanzmärkte benötigten strengere und effizientere Regeln. Die modernen Finanzmärkte mit ihren internationalen Verflechtungen und ihren innovativen Instrumenten hätten, auch durch "ausgeprägtes Herdenverhalten", die Schwankungen verschärft. Daher stimme die frühere Behauptung, dass Spekulationen auch eine stabilisierende Funktion hätten, nicht mehr, stellte Schäuble fest. Die Akteure an den Finanzmärkten hätten kein Interesse an ruhigen Märkten, weil sie dann weniger verdienen. Die modernen Finanzmärkte könnten "die Bemühungen der Politik konterkarieren, in einer Krise rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen und die Lage zu stabilisieren", warnte der Bundesfinanzminister. Die sich dramatisch verschlechternden Refinanzierungsbedingungen Griechenlands, Portugals und Spaniens ließen sich nur zu einem Teil durch sich verschlechternde ökonomische Fundamentaldaten erklären.

### Job-Center-Reform geht voran

In dieser Woche hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die Haushaltssperre zur Entfristung von 3.200 Stellen im SGB II-Bereich aufgehoben. Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Barthle MdB, und der zuständige Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Bereich Arbeit und Soziales im Haushaltsausschuss des

Deutschen Bundestages, Axel Fischer MdB, erläuterten dazu: „Nach wie vor steht die Arbeitsverwaltung vor großen Herausforderungen. Trotz der erfreulichen Entwicklung der Konjunktur- und Arbeitsmarktdaten wäre es verfrüht, Entwarnung zu geben. Der Weg aus der Krise wird auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn wir erwerbsfähige Langzeitarbeitslose effizient und dauerhaft in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bringen. Mit der auf breiter politischer Basis abgestimmten Strukturreform der Job-Center hat die christlich-liberale Koalition hierzu eine gute Grundlage geschaffen. Damit das Konzept im Interesse der Langzeitarbeitslosen die erwartete Wirkungskraft schnellstmöglich entfalten kann, gilt es, die bislang erreichte Qualität der Aufgabenerledigung zu sichern und weiter zu optimieren. Damit dies gelingen kann, bedarf es in der Job-Vermittlung auch gut ausgebildeter und hoch motivierter Fachkräfte. Diesen geben wir mit der Entfristung eine verlässliche Beschäftigungsperspektive. Nicht zuletzt ist es auch diesen engagierten Mitarbeitern vor Ort zu verdanken, dass Deutschland bei den Arbeitslosenzahlen trotz Wirtschaftskrise derzeit europaweit einen Spitzenplatz einnimmt.“

### Auf den Spuren des Heiligen Jakobus

Die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Bundestag absolvierte Anfang Juni eine Informationsreise in das nordspanische Galicien. Auf dem Programm der Baden-Württembergischen CDU-Abgeordneten standen neben den offiziellen Empfängen durch den Erzbischof von Santiago, Julian Barrio Barrio, und dem Ministerpräsidenten der autonomen Region Galicien, Alberto Núñez Feijóo, von der Partido Popular (PP) in diesem Heiligen Compostelanismen Jahr 2010 auch der Besuch der Heiligen Messe in der Kathedrale von Santiago mit dem größten Weihrauchkessel der Welt „Botafumeiro“ sowie das Durchschreiten der Heiligen Pforte. Hintergrund: Die Heilige Pforte ist ein bestimmter Eingang der Kathedrale von Santiago, der nur zum Heiligen Jahr geöffnet wird. Durchschreitet man diese Pforte werden einem alle Sündenstrafen erlassen.

# Daten und Fakten

---

- **Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Union erfolgreich.** Die Zahl der Erwerbslosen ist im Mai erneut deutlich gesunken. Im Vergleich zum Vormonat ging sie um 165.000, im Vergleich zum Vorjahr um 217.000 Personen zurück. Insgesamt waren im vergangenen Monat 3.242.000 Menschen ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote sank damit um 0,4 Prozentpunkte auf 7,7 Prozent. Mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit ging zugleich ein Zuwachs der Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung einher: Saisonbereinigt stieg die Zahl der Erwerbstätigen im April um 38.000 auf 40,12 Millionen, die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im März um 82.000 auf 27,38 Millionen.

(Quellen: Bundesagentur für Arbeit und Statistisches Bundesamt)

- **Höhere Zuwanderung senkt Wanderungsdefizit.** Im vergangenen Jahr sind 721.000 Personen aus dem Ausland in die Bundesrepublik Deutschland gezogen. Dies waren 39.000 Zuzüge mehr als im Jahr 2008 (+6 Prozent). Hauptherkunftsländer waren Polen (123.000), Rumänien (56.000), die USA (30.000), die Türkei (30.000) und Bulgarien (29.000). Auch die Zahl der Zuzüge deutscher Personen ist mit rund 115.000 gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. Gleichzeitig wurden

im selben Zeitraum rund 734.000 Fortzüge verzeichnet. Die Hauptzielländer der Auswanderer waren Polen (123.000), Rumänien (44.000), die Türkei (40.000), die USA (36.000) und die Schweiz (30.000). Insgesamt ergibt sich damit ein Wanderungsdefizit von 13.000 Personen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Wanderungsdefizit durch die höhere Zuwanderung um etwa 43.000 Personen verringert. In den Jahren 1985 bis 2007 konnte jeweils ein Wanderungsüberschuss verzeichnet werden.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

- **Aufschwung gewinnt an Fahrt.** Nach zwei schwachen Quartalen erholt sich die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland deutlich. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung erwartet im Zeitraum April - Juni ein kräftiges Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,7 Prozent. Maßgeblich für den Aufschwung sind die Industrie und Bauwirtschaft. Insbesondere das produzierende Gewerbe wuchs im ersten Quartal um stattliche 3,1 Prozent. Eine gute Auftragslage in der Industrie und deutliche Zuwächse im Export sprechen zudem für einen Aufschwung, der sich zunehmend stabilisiert.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

## Zitat

«Solche Programme sind zu loben und nicht zu zerreden.»

(Der scheidende hessische Ministerpräsident Roland Koch am Mittwoch beim CDU-Wirtschaftsrat in Berlin zum geplanten Sparpaket der Bundesregierung.)

# Wahlkreis-Terminvorschau

---

18.06.2010, 20.00 Uhr  
Wahlkreismitgliederversammlung WK 67  
Rotach-Halle Ailingen

25.06.2010, 9.30 Uhr  
OMIRA Gesellschafterversammlung  
Weingarten

27.06.2010, 11.00 Uhr  
Frühschoppen mit der CDU Bodnegg  
Bodnegg

28.06.2010, 9.00 Uhr  
Präsidiumssitzung der CDU Baden-Württemberg  
Stuttgart

28.06.-02.07.2010  
Sitzungswoche in Berlin

30.06.2010  
Wahl des Bundespräsidenten

## Impressum

---



Dr. Andreas Schockenhoff  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
für den Wahlkreis Ravensburg  
Stellvertretender Vorsitzender  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel. 030/ 227-73174  
Fax 030/ 227-76955  
Email: [andreas.schockenhoff@bundestag.de](mailto:andreas.schockenhoff@bundestag.de)  
[www.schockenhoff.de](http://www.schockenhoff.de)